

Der rote Punkt ●

Zeitung der Hannoverschen Linken. Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover. 10/2008

Welcome, Bienvenue, Bienvenidos, Hoşgeldiniz, Willkommen in

Hannover

Nazi-Freie-Zone!

Die extreme Rechte ruft überregional für den 1. Mai 2009 zu einem Aufmarsch nach Hannover auf. NPD und die so genannten „Freien Kameradschaften“ wollen den 1. Mai für sich instrumentalisieren und stellen ihn in einem Akt brutaler Geschichtsverdrehung in eine nationale Tradition vermeintlicher „deutscher Arbeitnehmerinteressen“.

Gemeinsam mit Gewerkschaften, Kirchen und anderen demokratischen, linken und fortschrittlichen Kräften

rufen wir zu Anti-Nazi Aktionen am 1. Mai 2009 auf.

Der 1. Mai gehört uns – den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Angestellten und Auszubildenden und allen, die weltweit für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen demonstrieren. Es ist unser Tag der internationalen Solidarität!

**Deshalb: Kein Platz für Nazis!
Internationale Solidarität statt
Rassismus und Nationalismus!**



Kranzniederlegung am Denkmal des unbekanntes Deserteurs am 8. Mai 2008

Denkmal des unbekanntes Deserteurs muss dringend saniert werden!

Die Hannoversche Linke fordert eine Grundrenovierung des Mahnmals auf dem Trammplatz. Dafür sollen hannoversche KünstlerInnen aufgefordert werden sich gestalterisch zu beteiligen. Über die Opfergruppe der Deserteure während der Nazi-Zeit ist wenig bekannt. Über ein Dutzend von ihnen wurde auf dem früheren Garnisonsfriedhof, dem Fösse-

feldfriedhof beerdigt. Deserteure wurden in Vahrenheide in der Kugelfangdrift auf dem dortigen Kasernengelände ermordet. „Gedenken und die Auseinandersetzung mit der Geschichte wird angesichts zunehmender Aktivitäten der Neonazis immer wichtiger“, so der Gruppenvorsitzende Luk List.

Stolpersteine zum Gedenken an die Opfer des Faschismus ermöglicht!

Gegen den ausdrücklichen Willen von Oberbürgermeister Weil und dem ehemaligen Oberbürgermeister und jetzigen Ehrenbürgers Hannover Schmalstieg konnte durch eine Anfrage der Hannoverschen Linken das Thema „Stolpersteine“ zum Thema gemacht werden. Nach Auffassung der Hannoverschen Linken soll den Menschen, die in der Nazi-Zeit verfolgt, deportiert und ermordet wurden, ein ehrendes Gedenken entgegengebracht werden. Gerade in der heutigen Zeit muss den verfolgten Sinti und Roma, den politisch und religiös „Andersdenkenden“, Mitgliedern

von Widerstandsorganisationen, Homosexuellen, Euthanasieopfern und Anderen gedacht werden. Ziel des Projekts Stolpersteine ist es, die Erinnerung an die Opfer der Nazi-Zeit lebendig zu halten. Nachdem viele Organisationen und BürgerInnen sich gemeinsam für die Verlegung von Stolpersteinen eingesetzt haben, werden nun im gesamten Stadtgebiet „Stolpersteine“ zum Gedenken an die Nazi-Opfer gesetzt. Wie wichtig die Auseinandersetzung mit den Nazi und ihrer menschenverachtenden Ideologie ist, zeigt der geplante Aufmarsch von Neonazis am 1. Mai in Hannover.

Konsequent gegen Rassismus vor und in Hannovers Diskotheken!

Als skandalös betrachten wir es, dass in einigen hannoverschen Diskotheken offene rassistische Verhaltensweisen zur Normalität gehören.

Dass einer Gruppe von israelischen und türkischen Jugendlichen im Juli der Einlass zu drei Diskotheken im Innenstadtbereich verweigert worden ist, stellt einen vorläufigen Höhepunkt eines seit Jahren bekannten Misstandes dar.

Bereits vor einem Jahr hat unsere Ratsgruppe einen Dringlichkeitsantrag in den Rat der Stadt Hannover mit dem Ziel eingebracht, dass jegliche Form von Rassismus vom Rat zu verurteilen ist und dass die Verwaltung den Diskothekenbetreibern, die rassistisches und diskriminierendes Vorgehen der von ihnen beauftragten Sicherheitsdienste und Türsteher dulden, sofort die Konzession entzogen wird.

Die Polizei teilte uns mit, dass es seit der Ablehnung unseres Dringlichkeitsantrages im April 2007 bis Februar 2008 alleine 167 Anzeigen unterschiedlicher Schwere bearbeitet wurden, an denen Türsteher beteiligt waren.

Bei den rassistischen und diskriminierenden Vorfällen geht es um weit mehr als nur um einen Imageschaden für die Stadt Hannover.

Es geht um fundamentale Werte und um in unserer Verfassung verankerte Rechte, die von einigen Diskothekenbetreibern missachtet werden.

Die Hannoversche Linke begrüßt ausdrücklich das jetzt vom Amtsgericht Oldenburg gefällte Urteil, das eine Diskothek zu einer Entschädigungszahlung verurteilt.

Ein afrikanischer Student wurde wegen seiner Hautfarbe nicht in die Diskothek eingelassen.

Mit dieser Grundsatzentscheidung ist endlich eine juristische Grundlage geschaffen worden, um rassistisches und diskriminierendes Verhalten künftig als gesetzwidrige Handlung abzustrafen.

Stadt bei Sozialticket gefordert

Mit Empörung hatte die Hannoversche Linke zur Kenntniss genommen, daß Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) entgegen der Koalitionsvereinbarung das Sozialticket für die Region nicht einführen will. Sein Vorschlag ALG-2-Empfänger sollten dann Rad fahren, ist höchst zynisch. Eine Marktstudie, die zu dem erstaunlichen Ergebnis kommt, dass die meisten ALG-2-Empfänger bereits jetzt regelmäßig die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, soll den Ausstieg aus dem Sozialticket legitimieren.

Bei über 80.000 Menschen in Hannover, die unter der Armutsgrenze leben, gibt es genügend Gründe für ein Sozialticket. Durch den fürs Leben nicht ausreichende ALG-2-Regelsatz und die Preisexplosionen bei Lebensmitteln und Energie bleibt vielen ALG-2-Empfängern, Geringverdienern und Rentnern nicht genügend Geld, um sich frei im Stadtgebiet bewegen zu können.

Nur 15,70 Euro stehen einem Bedürftigen nach dem Sozialgesetzbuch II für Mobilität im Monat zu. Entsprechend günstig müsse eine Monatsfahrkarte sein. Selbst dieser Betrag umfasst Bahnfahrten, Fahrradkauf und Fahrradrepaturen.

Für Bus- und Bahnfahrkarten sind sogar nur 11,23 Euro vorgesehen. Eine üstra-Dauerkarte nur für das Stadtgebiet Hannover kostet jedoch schon 50 Euro. Das Recht auf Mobilität sollte ein selbstverständliches Grundrecht des Menschen sein.

Es ist sehr bitter für die Menschen in Hannover, dass die SPD und Grüne in der Region Hannover ihr Wahlkampfversprechen nicht einhalten wollen.

Wenn Bund, Land und Region schon ihre Verpflichtungen für die Ärmern ignorieren, ist die Stadt gefordert, zu mindestens ihren Bürgern ein Sozialticket für 15 Euro zu ermöglichen.

Die Hannoversche Linke hat einen entsprechenden Antrag in den Rat eingebracht.

Sozialtarif bei Stadtwerken dringend erforderlich

Wie im August die Meldung kam, dass die Stadtwerke mal eben den Gaspreis um 22,1 % erhöhen, waren viele Menschen in Hannover geschockt.

Die Hannoversche Linke forderte die Stadtwerke bereits zur letzten Preiserhöhung auf, ihre Preiskalkulation endlich offen zu legen, um mehr Transparenz im Wettbewerb zu erreichen.

Wir fordern erschwingliche Energiepreise für alle Menschen – nicht für Profiteure von Kapitalgesellschaften.

Eine Gaspreisexplosion von 22,1 % plus 8,8 % im April 2008, vernichtet bei Geringverdienern, ALG-II-Empfängern und

Geringrentenbezieher die existenzielle Lebensgrundlage.

Seit Oktober 2004 hat sich mit dieser Erhöhung der Gaspreis mehr als verdoppelt. Entsprechende Lohnsteigerungen sind aber nicht zu verzeichnen.

Schon jetzt gelten mehr als 98.500 Menschen in der Landeshauptstadt Hannover als relativ arm. Die Stadtwerke reagieren auf die ansteigende Armut mit Stromsperrungen. Ein Sozialtarif bei den Stadtwerken ist überfällig! Einen entsprechenden Antrag brachte die Hannoversche Linke schon im letzten Oktober in den Rat ein.

Sozialausschuss gegen Regelsatzerhöhung für Erwachsene

Mit Bedauern hat die Hannoversche Linke im Sozialausschuss die Entscheidung der bürgerlichen Parteien (CDU, SPD, FDP und Grüne) zur Kenntnis genommen, sich nicht bei der Bundesregierung für eine Erhöhung der Regelsätze für erwachsene ALG-2-Empfänger, wie u.a. vom Paritätischen Wohlfahrtsverband gefordert, auf 420,- Euro einzusetzen. SPD und Grüne hatten in einen Resolutionsentwurf die Anpassung der Hartz-4-Regelsätze für Kinder und Jugendliche auf das Niveau von Erwachsenen vorgeschlagen.

Dem Sozialbericht zufolge leben in Hannover 21.799 Kinder und Jugendliche von Transferleistungen. Dies sind 28,4 %, also mehr als ein Viertel.

Deshalb haben wir diese Resolution befürwortet und fordern in einem Zusatzantrag, sich für die Erhöhung der ALG-2-Regelsätze auch für Erwachsene einzusetzen.

Es ist traurig, dass CDU, SPD, FDP und Grünen offensichtlich das Schicksal erwachsener ALG-2-Empfänger gleichgültig ist.





Demonstration der Bürgerinitiative gegen die Schließung der Stadtbibliothek Limmerstraße

Über 11.500 Unterschriften für den Erhalt der Stadtteilbücherei im Freizeitheim Linden!

Weit über mehr als 11.500 BürgerInnen haben den Aufruf der Bürgerinitiative für den Erhalt der Stadtteilbibliothek Limmerstraße unterschrieben. Nach den Plänen der Stadtverwaltung soll die Bibliothek im Freizeitheim geschlossen und mit der Bücherei am Lindener Marktplatz zusammengelegt werden. Hierdurch wird die Bevölkerung der Stadtteil Linden-Nord, Limmer und Ahlem von ihrer Möglichkeit, wohnortnah günstig Bücher auszuleihen abgehängt. „Rotgrün redet von Integration und schließt gleichzeitig Einrichtungen, die für Integration von elementarer Bedeu-

tung sind“, so der Gruppenvorsitzende der Hannoverschen Linken, Luk List. Zusammen mit der Bürgerinitiative fordert die Hannoversche Linke auf der Bezirksratssitzung Linden-Limmer in einem Antrag den Erhalt der Bücherei im Freizeitheim.

Frank Pharaos, einer der Sprecher der Bürgerinitiative: „Sollte der Bezirksrat der Schließung zustimmen dann werden wir noch einen Gang zulegen und mit phantasievollen Aktionen weiter für den Erhalt unserer Stadtteilbücherei kämpfen und natürlich weiter Unterschriften sammeln.“

Hannoversche Linke setzt Motorradparkplätze durch!

Mit mehreren Anträgen und Anfragen hat die Hannoversche Linke dafür gesorgt, dass die unzumutbaren Parkplatzbedingungen für Motorrad- und Mopedfahrer in der Stadt verbessert werden konnten.

Zwar lehnte die rotgrüne Mehrheit einen entsprechenden Antrag der Han-

noverschen Linken ab, aber nur um unsere Forderungen zu ihren eigenen zu machen. „Bemerkenswert – erst werden unsere Anträge abgelehnt – und dann werden sie doch von der Verwaltung umgesetzt – so kann Opposition doch Spaß machen“, erklärte Ratsherr Frank Nikoleit.

Kostenlose ALG II Beratung

Jeden Donnerstag von 15 bis 17 Uhr können Sie sich in unserem Büro kostenlos zu allen Fragen hinsichtlich von Arbeitslosengeld II beraten lassen.

Anmeldung zur Beratung, Kontakt und weitere Informationen:

Hannoversche Linke.

Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover (V.i.S.d.P.: Luk List)

Viktoriastr. 42

30451 Hannover

Telefon: 0511 - 30 06 900

Fax: 0511 - 590 28 524

e-mail: hannlinke@hannover-rat.de

www.hannoversche-linke.de

